

Avanti

2

Theoriebeilage

Faschismus:
Massenpsychologie
als Erklärung?

ISO Rhein-Neckar



Aktionstag bei Alstom Mannheim, 29. April 2014.

Foto: helmut-roos@web.de

Atomkraft, „Digitalisierung“, E-Autos Vorwärts in eine strahlende Zukunft?

H. N.

Zum Erstaunen vieler warnten die Alstom-KollegInnen vor 15 Jahren vor einer Wiederbelebung der Atomenergie. Sie hatten im Kampf für ihre Arbeit den Zusammenhang zwischen sozialen und ökologischen Themen sehr wohl verstanden.

Ihre Kassandrarufer schienen jedoch umso unglaubwürdiger, als die Bundesregierung 2011 nach dem GAU von Fukushima den „Ausstieg aus der Atomenergie“ verkündete.

Die weitgehend aus Steuermitteln bezahlte Stilllegung aller AKW in Deutschland bis 2022 betrifft aber allein die Atomkraftwerke der 1. und 2. Generation. Zudem ist die „Endlagerung“ des Atommülls ein ungelöstes und verdrängtes Megaproblem.

In Europa wird dem zum Trotz munter an der Errichtung von AKW des Typs EPR (Europäischer Druckwasserreaktor – 3. Generation) gearbeitet. Unter anderem in Finnland – dort mit Billigung der finnischen Grünen.

Mit milliardenschwerer Unterstützung aus dem Bundeshaushalt findet in Frankreich seit 2009 der Bau des Prototyps einer „noch sicheren“ 4. Generation von Atomreaktoren auf Basis der Kernfusion

(ITER) statt.

Das Scheitern der „Energiewende“ in Deutschland ist offensichtlich. Die durch „Digitalisierung“ und E-Autos massiv beschleunigte Energievergeudung ebenso. Das Fehlen einer gesellschaftlichen, an Mensch und Natur orientierten Planung erlaubt nur Stückwerk – und die Durchsetzung der Profitinteressen von Konzernen.

Diese systembedingte Sackgasse nutzt die Atomlobby zu ersten Übungen für das Propagieren neuer „Sachzwänge“. Laut Medienberichten hält etwa Sachsens Ministerpräsident Kretschmer (CDU) „einen Wiedereinstieg Deutschlands in die Atomkraft für denkbar“. Das sei eine „in zehn oder 15 Jahren“ anstehende Frage, zumal „man mit Atomenergie weniger CO₂-Emissionen“ hätte.

Die Klimabewegung ist gut beraten, ihren Blick in Richtung Atomkraft zu schärfen. ■

INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL		
01 KAPITALISMUS Strahlende Zukunft	<i>Liebe Leserinnen und Leser,</i> von Lenin stammt der Satz: „Kommunismus - das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung“. Heute sind wir versucht zu sagen: „Kapitalismus – das ist Konzernmacht plus Digitalisierung und Atomenergie“. Besteht wirklich die Gefahr einer Renaissance der Atomkraft? Eine Antwort ist auf Seite 1 der vorliegenden <i>Avanti</i> ² zu finden. Noch immer sind die Massenproteste gegen die „Rentenreform“ in Frankreich nicht „befriedet“, wie es der ehemalige Maoist und jetzige grüne Landesvater Baden-Württembergs formulieren würde. Wir berichten über zwei spannende Veranstaltungen, die sich mit der „Gelbwesten“-Bewegung und den Streiks in Frankreich befasst haben. Erneut müssen wir uns dem finsternen Problem des BR-Mobbing zuwenden. Diese Mal am Beispiel von Freudenberg & Co. in Weinheim. Wie immer finden sich auch andere Themen aus dem Bereich Betrieb und Gewerkschaft in <i>Avanti</i> ² (die Frankfurter Konferenz der Gewerkschaftslinken, die Folgen von Firmenverkäufen für Betriebsräte und Belegschaften ...). Unsere recht umfangreiche Theoriebeilage befasst sich mit Wilhelm Reichs <i>Massenpsychologie des Faschismus</i> , der aus gegebenem Anlass neue Aktualität zukommt. Wir wünschen Euch eine anregende Lektüre in nährischen Zeiten!	INTERNATIONALES/VERANSTALTUNGEN
EDITORIAL/INHALT/ BETRIEB UND GEWERKSCHAFT		06 „GELBWESTEN“ Welche Lehren?
02 SEMINAR Was tun in rauen Zeiten?		06 FRANKREICH Analyse der Massenproteste
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT		POLITISCHE BILDUNG
03 FREUDENBERG & CO. Mobbing gegen BR		07 1969 Wilde Streiks in Deutschland?
04 FIRMENVERKÄUFE Belegschaften als Spielball?		RÜCKBLENDE/TERMINE
05 LINKE STRATEGIEKONFERENZ Ansprüche und Ziele		08 VOR 50 JAHREN Gründung der RKJ
		08 TERMINE
		THEORIEBEILAGE
		01 FASCHISMUS Massenpsychologie als Erklärung?
	<i>Eure Redaktion</i>	

„Raue Zeiten: Anpassung oder Gegenwehr?“ Seminar der ISO Rhein-Neckar in Mannheim SA, 07. März 2020, 13:30 -18:30 Uhr

Am Samstag, den 07. März 2020, findet ab 13:30 Uhr unser jährliches Frühjahrsseminar zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in Mannheim statt.

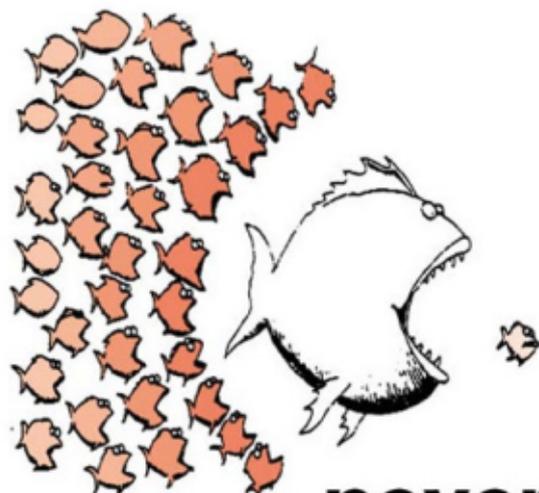
Im Zentrum stehen Herausforderungen für gewerkschaftspolitische Arbeit im Betrieb. Darüber hinaus werden aber auch grundsätzliche Themen des „Organizing“ behandelt.

Unter anderem wollen wir uns über folgende Fragen verständigen:

1. Mit welchen Angriffen sind wir in den Betrieben konfrontiert? Haben sich die Bedingungen geändert? Wie verhalten sich Gewerkschaften und Beschäftigte in der aktuellen Situation?
2. Welche Ziele wollen wir mit unserer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit erreichen? Von welchen Erfahrungen können wir lernen?
3. Wie können wir uns in Betrieb und Gewerkschaft eine stärkere Basis schaffen? Wie gelingt es, die notwendige Gegenwehr zu organisieren?

Wir freuen uns sehr auf Deine Anmeldung und Teilnahme.

Anmeldung bitte direkt bei unseren GenossInnen oder per Mail an info@iso-4-rhein-neckar.de. ■



**never
work
alone**

Betriebsratsmobbing Freudenberg & Co. will Betriebsratsvorsitzenden fristlos kündigen

H. S.

Rund 70 Personen waren am 15. Januar 2020 zum Arbeitsgericht in Mannheim gekommen, um sich mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Freudenberg & Co. (F & Co.) in Weinheim, Wolfgang Schmid, zu solidarisieren.

Es waren vor allem Beschäftigte von Freudenberg-Betrieben aus Weinheim und Neuenburg aber auch aus anderen Unternehmen. Zudem waren UnterstützerInnen des Komitees „Solidarität gegen BR-Mobbing!“, des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar sowie der Ortsgruppe Weinheim der IG BCE anwesend.

Freudenberg will den Kollegen Schmid fristlos kündigen. Der offensichtliche Grund: Er hat im Juni 2019 gemeinsam mit anderen zum ersten Mal in der Holding des Konzerns die Wahl eines Betriebsrats durchgesetzt.

Dies war dem Management von Freudenberg offenkundig zu viel. Ein Betriebsrat in der Führungsgesellschaft kann und darf nicht sein.

Mit rechtlich unhaltbaren Behauptungen will Freudenberg nun Wolfgang Schmid als einen der Initiatoren der Betriebsratswahl ausschalten. Neben ihm sind offenbar weitere Betriebsratsmitglieder im Visier der Konzernleitung.

Machenschaften der Konzernleitung

Es ist offensichtlich, dass das Management den demokratisch gewählten Betriebsrat nicht akzeptiert. Dies zeigt sich zum Beispiel in den bisher ausgesprochenen konstruierten Abmahnungen, die auch andere BR-Mitglieder erhalten haben. Zudem verweigert F & Co. der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden den gesetzlich verbrieften Anspruch auf bezahlte Freistellung zur Teilnahme an einer Schulungs- und Bildungsveranstaltung.

Das alles stellt eine Behinderung der Betriebsratsarbeit dar. Gleichzeitig sind dies Methoden der Einschüchterung, um den Betriebsrat entweder willfährig zu machen oder ganz kalt zu stellen. Das BR-Gremium muss deshalb sehr wachsam bleiben und darf sich nicht ausein-

anderdividieren lassen. Schließlich wurde der Betriebsrat mit 75% Wahlbeteiligung von der Belegschaft von F & Co. (ca. 230 Beschäftigte) gewählt, um ihre Interessen gegenüber dem Unternehmen zu vertreten.

Der neunköpfige Betriebsrat hat sowohl der ersten Kündigung des Kollegen Schmid im November als auch einer zweiten widersprochen. Diese war als vergiftetes Weihnachtsgeschenk am 19. Dezember 2019 nachgeschoben worden. Damit die Kündigungen wirksam werden können, muss sich deshalb die Firma die Zustimmung zur fristlosen Kündigung vom Arbeitsgericht ersetzen lassen.

Weitere Solidarität erforderlich

Der Gütetermin am 15. Januar 2020 hat zu keinem Ergebnis geführt. Deutlich wurde aber der Wille des Managements, die Kündigung durchzusetzen, koste es was es wolle.

Der betroffene BR-Vorsitzende und seine am Verfahren für den Betriebsrat beteiligte Stellvertreterin machten ihrerseits deutlich, dass sie die beabsichtigte Kündigung als unzulässigen Angriff auf Grundrechte und auf das demokratisch gewählte



Überfüllter Gerichtssaal.

Foto: Privat.

BR-Gremium verstehen. Deshalb müssten die beiden Kündigungen zurückgewiesen werden.

Beide lehnten auch ein von Richterin Miess vorgeschlagenes „Güterichter-Verfahren“ bzw. Mediationsverfahren als nicht zielführend ab, solange die Kündigungen aufrechterhalten werden.

Der Kammertermin für die Fortsetzung des Verfahrens wird voraussichtlich im Juli 2020 stattfinden.

Das skrupellose Vorgehen des Freudenberg-Managements zeigt, dass bis dahin die Solidarität nicht nachlassen darf, um Wolfgang Schmid und den Betriebsrat zu unterstützen. ■



Solidaritätsaktion vor dem Arbeitsgericht in Mannheim, 15. Januar 2020.

Foto: Privat.

Firmen und Konzerne als „Investitionsobjekte“ Belegschaften als Spielball des Großkapitals Teil II*

S. T.

Ein Gespenst geht um. Auch in der Rhein-Neckar-Region. Immer öfter kommt es zum Kauf beziehungsweise Verkauf von Firmen, ja von ganzen Konzernen. ABB und Hitachi, Alstom und General Electric, Nora und Interface, PFW und Hutchinson, VAG und Aurelius – das sind nur einige der Namen, die in der letzten Zeit bekannt geworden sind.

Aus konkreten betrieblichen Erfahrungen kennen wir die Vorgehensweise im Zusammenhang mit Firmenverkäufen. Die Ansage der neuen Eigner lautet in der Regel etwa so: Macht Euch keine Sorgen, alles wird gut.

Da aber der Zweck einer Übernahme für Belegschaften meist bedrohlich ist, gibt es oft Angst und Misstrauen bei den Beschäftigten. Aggressive „Kostensenkungsziele“ verstärken ihre Verunsicherung.

Häufig verfolgen die neuen Eigentümer das Ziel, in einen für sie günstigeren Tarifvertrag oder sogar in einen tariflosen Bereich (zum Beispiel in einem „Billiglohnland“) zu wechseln.

Schmutziges Spiel der Täuschung

In den allermeisten Fällen beginnt das schmutzige Spiel der Täuschung der Belegschaft schon vor dem Verkauf einer Firma. Die Interessenvertretung einer Belegschaft wird nicht – und schon gar nicht „rechtzeitig und umfassend“ – über den geplanten Verkauf informiert.

Dadurch werden mit einem einfachen Manöver Betriebsrat und Belegschaft um ihr Recht gebracht, sich auf die kommende Entwicklung einzustellen. Eine solidarische Gegenwehr wird damit sehr erschwert.

Bei einer Übernahme oder einem Unternehmenskauf handelt es sich fast immer um einen Betriebsübergang nach § 613a Bürgerliches Gesetzbuch (BGB). Dieser Paragraph besagt, dass der neue Unternehmer ein Jahr lang nicht wegen des Betriebsübergangs kündigen kann und den Besitzstand der Belegschaft zu wahren hat.

Die Beschäftigten müssen im Voraus über den Betriebsübergang informiert werden und haben ein Widerspruchsrecht.

Die Belegschaft und ihre Interessenvertretung stehen schon von Anfang an vor einer wesentlichen Frage: Gute Miene machen zum bösen Spiel oder Widerstand leisten? Die Meisten entscheiden sich für Kooperation statt Kampf.

Der Betriebsrat spielt dabei die entscheidende Rolle. Er muss sich während des gesamten Prozesses immer wieder mit der Frage befassen: Wann ist es genug? Ab wann leisten wir Widerstand?

Wenn er sich einmal für den Weg der „Sozialpartnerschaft“ entschieden hat, wird es, je länger es dauert, immer schwerer, Widerstand im Interesse der Belegschaft zu organisieren.

Alles, was danach noch an Täuschungsmanövern und Gesetzesverstößen seitens der Kapitaleseite passiert, wird begründet.

Meist mit mehr oder weniger plausiblen Worten, die größtenteils gesellschaftlich akzeptiert sind.

Wenn das nicht möglich ist, erfindet das Management eine passende Geschichte zur Beschwichtigung und gibt diese zum Besten. Außerdem nutzt es schon das erste Jahr nach der Übernahme entgegen der Schutzfrist durch § 613a BGB voll aus. Wo kein Widerstand ist, da gilt meist auch kein Gesetz.

Systematische Gehirnwäsche

Die „Integration“ folgt einem vorher von der Kapitaleseite festgelegten, aber geheim gehaltenen Drehbuch.

Zunächst gibt es eine Auftakt-Veranstaltung. Zweck ist die Beschallung der Belegschaft. Euphorisches Geschwätz und systematische Schönfärberei unterlegt die Geschäftsleitung mit farbenfrohen aber nichtssagenden Präsentationen.

Es folgen dann weitere „Kennenlern-Meetings“ auf verschiedenen Ebenen und Bereichen. Das Schema ist aber immer das Gleiche.

Ziemlich schnell wird dann Facebook als „Kommunikationsplattform“ eingesetzt.

Auf der nächsten Stufe lässt das Management dann diverse „Mitarbeiterumfragen“ angeblich „anonym“ durchführen.

Die Geschäftssprache wird Englisch. Für nahezu alle Bezeichnungen und Begriffe werden englische Wörter oder Anglizismen eingeführt, obwohl die Betriebssprache nach wie vor Deutsch ist.

Parallel dazu durchleuchtet eine externe „Beratungsfirma“ das ganze Unternehmen.

Schließlich startet die Geschäftsleitung Programme zur „Kulturveränderung“ – zum Beispiel zur Verbesserung der „Kundenorientierung“. Die Vermittlung und Verankerung einer „Vision“ sowie die Einführung von „Leitbildern“ und „Führungsgrundsätzen“ werden vorangetrieben.

„Cloudbasierte“ Standardsoftware zur „Kommunikation“ wird eingeführt und die Umstellung auf diverse andere IT-Systeme vorbereitet.

Schließlich folgen die Festlegung und die Bekanntgabe von sogenannten Kostensenkungs- und Produktivitätssteigerungszielen. Leider geschieht dies viel zu oft mit Zustimmung eines Betriebsrats, der weder seine gesetzlichen Pflichten erfüllt, noch aktiv für die Interessen der Belegschaft eintritt.

*[Teil I ist in *Avanti*² Nr. 65 von Januar 2020.]

„Strategiekonferenz“ Suche nach einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik

O. T.

Am 25./26. Januar 2020 hat in Frankfurt/Main die „Strategiekonferenz für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik“ stattgefunden. Organisiert wurde die Konferenz von der *Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften* (VKG – www.vernetzung.org). Insgesamt haben bis zu 140 KollegInnen teilgenommen.

Im Einladungsflugblatt der Konferenz heißt es: „Der Bedarf an ernsthaften Diskussionen über Strategie und Ausrichtung der Gewerkschaften ist groß, ebenso wie der Wunsch nach Vernetzung und besserer Koordinierung aktiver und kämpfender KollegInnen. Wir, (das sind VertreterInnen verschiedener Vernetzungsinitiativen in den Gewerkschaften) möchten deshalb anregen, dass aktive KollegInnen, die auch für einen kämpferischen Kurs in den Gewerkschaften eintreten, darüber beraten, wie sie gemeinsam an einem Strang ziehen und sich für eine solche Ausrichtung der Gewerkschaften stark machen können. Es gibt viele gute Ansätze, aber um die Gewerkschaften insgesamt in diese Richtung zu bringen, ist es nötig, sich besser zu vernetzen und zu koordinieren.“

Bessere Vernetzung kämpferischer Kräfte

Anspruch der Konferenz war es, in diesem Sinne eine Plattform zur Diskussion und zum Austausch zu bieten. Dieses Ziel ist nur bedingt erreicht worden. Das liegt daran, dass die Zusammensetzung der TeilnehmerInnen im Wesentlichen ein Bündnis linker politischer Organisationen widerspiegelt. Offensichtlich ist es nur in geringem Umfang gelungen, unorganisierte KollegInnen für diese Konferenz zu mobilisieren.

Positiv war, dass sich sehr viele – auch der jüngeren – TeilnehmerInnen aktiv in betrieblichen und gewerkschaftlichen Strukturen engagieren, einige auch in offiziellen gewerkschaftlichen Funktionen. Mitglieder verschiedener Gewerkschaften waren vertreten – am stärksten IGM, ver.di, EVG, aber auch GEW und IG BCE.

Für die inhaltliche Diskussion wurden neben einem Anfangsplenum und einem Abschlussplenum insgesamt acht Arbeits-

gruppen zu unterschiedlichen aktuellen Themen angeboten. Sie wurden von jeweils zwei ReferentInnen inhaltlich eingeleitet. Diskussions-Themen waren zum Beispiel „Der Kampf um einen neuen ‚Normalarbeitstag‘“, „Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich“, „Gewerkschaftliche Kämpfe politisch führen“, „Umgang mit Rassisten und Faschisten im Betrieb“, „Vernetzung der Gewerkschaftspolitik mit der Klimaschutzbewegung“ bis hin zu „Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung“.

Solidarische Diskussionen

Das Fazit des Abschlussplenums am Sonntag war, dass die Arbeitsgruppen durchaus produktiv gearbeitet hatten. Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen sollen eventuell noch veröffentlicht werden.

Es gab keinen Hickhack linker Organisationen, wie es in der Vergangenheit bei vergleichbaren Zusammenkünften oft üblich war. Auch die Plenumsdiskussionen wurden durchaus solidarisch geführt.

Ein Entwurf mit der Auflistung der vom Koordinierungskreis vorgeschlagenen Vorhaben lag zu Beginn der Konferenz aus. Er wurde im Plenum am Ende der Tagung ohne Gegenstimmen angenommen.

Einstimmig verabschiedet wurde auch eine Solidaritätserklärung an die französischen KollegInnen, die aktuell gegen die dort geplante „Rentenreform“ kämpfen.

Größere Diskussionen gab es hingegen bei der Verabschiedung einer Abschlusserklärung, die ebenfalls als Entwurf der Konferenz vorlag. Hier zeigten sich größere Unterschiede in der Einschätzung, für wen oder was eine solche Abschlusserklärung dienlich sein soll.

Insgesamt war das Bemühen erkennbar, die gemeinsame Handlungsfähigkeit zu betonen und die eigene Gruppenloyalität hintenanzustellen. Dies ist nicht zuletzt eine Voraussetzung dafür, dass das Ziel der Konferenz, eine wirksame Vernetzung linker und aktiver Kräfte in den Gewerkschaften zu erreichen, in Zukunft auch umgesetzt werden kann. ■



Plenum der Konferenz in Frankfurt-Main.

Foto: www.vernetzung.org

Die „Gelbwesten“ „Wilde Gallier oder solidarisch für eine Demokratie für die Vielen?“

M. G.

Die Gelbwesten-Veranstaltung am 23. Oktober 2020 lockte knapp zwei Dutzend Interessierte in das Ludwigshafener Ver.di-Haus. Attac Ludwigshafen und Mannheim hatten den sehr informativen Abend organisiert – mit Unterstützung des Aktionsbündnisses „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ und von ISO Rhein-Neckar.

Zunächst kam der französische Dokumentarfilm „Je veux du soleil!“ („Auch ich will Sonne!“ - Original mit deutschen Untertiteln) zur Aufführung. Dadurch gelang eine beeindruckende Annäherung an die soziale Bewegung der „Gelbwesten“.

Der Filmemacher und Journalist François Ruffin hatte im Dezember 2018 eine achttägige Reise zu „Gelbwesten“ in ganz Frankreich unternommen. Mit seinem Streifen ist es ihm gelungen, den Stimmen der Aktiven Gehör zu verschaffen. Jenen, die unter Unsicherheit und Armut, Erwerbslosigkeit und Ausgrenzung leiden.

Ergreifende Aussagen von ArbeiterInnen, Arbeitslosen, kleinen Selbständigen und RentnerInnen ergeben ein ungeschminktes Bild ihrer Lage im französischen Kapitalismus. Sie dokumentieren den schnellen Politisierungsprozess von jungen und älteren Menschen, von Frauen und Männern.

Durch die Überwindung ihrer vorherigen Isolierung und Passivität haben sie Kraft für den gemeinsamen Protest gewonnen. Und mehr: Sie haben Menschlichkeit und Solidarität trotz eines zynischen Systems der Entfremdung und Ausbeutung (wieder) kennengelernt.

Peter Wahl, Gründungsmitglied von attac und Herausgeber von *Gilets Jaunes* („Gelbwesten“), analysierte anschließend „diese ungewöhnlich soziale Bewegung“. Sie hatte vor über einem Jahr, am 17. November 2018, überraschend begonnen. Unabhängig von jedem gewerkschaftlichen und parteipolitischen Bezug sei es ihr gelungen, die Regierung und ihre Politik im Interesse der Superreichen zu erschüttern.

Wahl unterstrich, dass sie damit auch eine Bresche für die jetzigen Massenproteste gegen Macrons „Rentenreform“ geschlagen habe. Ihre Zusammensetzung und ihre Fähigkeit, soziale und politische Fragen miteinander zu verknüpfen, seien völlig neuartig. Diese Entwicklung sei auch deshalb möglich geworden, weil es mit Hilfe radikaler Linker und aktiver GewerkschafterInnen gelungen sei, die extreme Rechte aus der Bewegung heraus zu drängen.

In der danach folgenden Diskussion kam unter anderem dieser auffallende Unterschied zum Verhalten der deutschen Linken und Gewerkschaften zur Sprache. Dort ist bezeichnenderweise bis heute das Vorurteil in Mode, die „Gelbwesten“ seien eine von Nazis unterwanderte oder gar initiierte Erscheinung. ■

Streiks gegen „Rentenreform“ Was bewirken die Massenproteste in Frankreich?

E. B.

Dreißig Menschen hatten am 30. Januar 2020 den Weg zum Informationsabend im Mannheimer Gewerkschaftshaus gefunden. Der Referent Bernard Schmid, Anwalt und Publizist aus Paris, berichtete sehr fundiert über die aktuellen Klassenkämpfe in unserem westlichen Nachbarland.

Engeladen zu der Veranstaltung hatte das Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim sowie Attac, IG BCE Weinheim und Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar.

Anfang Dezember 2019 hat in ganz Frankreichs eine massive Welle von gewerkschaftlichen Streiks, Demonstrationen und Blockaden gegen die „Rentenreform“ begonnen. Millionen alte und junge Menschen haben sich bisher an den unterschiedlichsten Aktionen beteiligt.

Offensichtlich hat diese längste Phase von Arbeitskämpfen seit 1968 die französische Regierung überrascht.

Gegen die aktuelle Protestwelle kommt „von oben“ wieder die „bewährte“ Mischung aus Desinformation, massiven Polizeieinsätzen und scheinbaren Zugeständnissen zum Einsatz.

Dennoch ist es Staatspräsident Macron und den Herrschenden bisher nicht gelungen, die populären Proteste zu stoppen und die Bewegung wirksam zu spalten.

Bernard Schmid erklärte in seinem Vortrag nicht nur detailliert die Hintergründe der „Rentenreform“ und ihr Hauptziel Rentenkürzung. Er vormochte auch einen umfassenden und differenzierten Überblick über die angespannte soziale und politische Situation in Frankreich zu geben.

Die abschließende Diskussion ermöglichte die Beantwortung vieler Detailfragen und rundete einen sehr informativen Abend ab. Offen blieb aber, wie die bisher in Deutschland weitgehend fehlende gewerkschaftliche Solidarität mit unseren französischen KollegInnen wirksam gestärkt werden kann. ■

„Wilde“ Streiks in Deutschland

U. D.

Das Thema unseres Diskussionsabends am 22. November 2019 lautete: „Vor 50 Jahren: Wilde Streiks in Deutschland“. Ein kurzes Referat und eine Filmdokumentation brachten uns die damaligen Ereignisse näher.

Wilde“ Streiks in Deutschland? Also Streiks, die nicht einem Tarifrunden-Ritual folgten? Die „spontan“ von der Basis geführt und nicht vom gewerkschaftlichen Apparat kontrolliert wurden?

Kaum noch vorstellbar?

Gab es solche Streiks in Deutschland tatsächlich? In einem Land, in dem das Streikrecht gesetzlich „reguliert“ und eingeschränkt ist. In einem Land, in dem der „sozialpartnerschaftliche“ Mäuschelkurs von Gewerkschaftsspitzen und vielen Betriebsratsgremien den gewerkschaftspolitischen Alltag in den meisten Betrieben bestimmt.

Ja, es gab sie. Allerdings vor 50 Jahren. Für jüngere Menschen angesichts ihrer aktuellen Erfahrungen kaum noch vorstellbar.

Ende der 1960er Jahre: heftige Klassenkämpfe in Europa

Die endsechziger Jahre werden meistens mit den weltweiten „Studentenprotesten“ und der Bewegung gegen den Vietnamkrieg in Verbindung gebracht. Vergessen sind jedoch oft die Vielzahl tiefgreifender gesellschaftlicher, ökonomischer und militärischer Veränderungen dieser Zeit. Und die daraus resultierenden heftigen Klassenkämpfe.

Zum Beispiel: 1968 wurde in Frankreich die staatliche Ordnung nicht allein durch die Studierenden, sondern vor allem durch eine massive Generalstreikbewegung zum Wanken gebracht. Oder: 1968/69 wurde der Kapitalismus in Italien durch harte Streiks herausgefordert.

Und in der BRD?

In Westdeutschland gab es zwischen 1950 und bis Mitte der 1960er Jahre eine Phase scheinbar „krisenfreien“ Wirtschaftswachstums. Die Krise 1966/67 zerstörte diesen Irrglauben.

Die Antwort von Regierung und Kapital war eindeutig: Die arbeitende Klasse sollte für die Krise zahlen. Dies sollte nicht zuletzt durch die politische „Ein-

bindung“ der „Arbeitnehmerschaft“, das heißt durch die Bildung einer „Großen Koalition“ (CDU/CSU/SPD) und der „konzertierten Aktion“ gelingen.

Die Folge war, dass die SPD-treue Gewerkschaftsführung eine Politik der lohn- und tarifpolitischen Zurückhaltung verfolgte.

Die Antwort der Klasse – „wild“ und spontan.

Die Hoesch-Belegschaft in Dortmund war mit dem 1969er Tarifergebnis nicht zufrieden. Sie forderte am 02. September 1969 eine Erhöhung der Stundenlöhne um 30 Pfennige. Nachdem die Unternehmensleitung eine Nachbesserung des Tarifs abgelehnt hatte, kam es zu einer spontanen Arbeitsniederlegung.

Der Funke sprang in den folgenden Wochen auf zahlreiche Betriebe im Bergbau, der Stahlindustrie und anderer Branchen über.

Kapitalverbände, Gewerkschaftsapparate und die etablierte Politik waren von der Entwicklung dieses streikpolitischen Flächenbrands völlig überrascht.

Rund 150.000 Beschäftigte waren letztendlich an dieser Streikbewegung beteiligt. Erst nach einigen Wochen und nach Zugeständnissen der Unternehmen endeten die Streiks.

Welche Folgen – welche Lehren?

1. Die „wild“en“ Streiks führten zu einer

(wenn auch vorübergehenden) Stärkung linker Positionen in den Gewerkschaften und Betrieben. Viele junge Kolleginnen und Kollegen radikalisierten sich und beeinflussten in den folgenden Jahren und Jahrzehnten die betriebliche Gewerkschaftspolitik.

- Die „wild“en“ Streiks hätten sehr wahrscheinlich ohne existierende kämpferische Kerne (in der Regel kommunistische und sozialistische Kolleginnen und Kollegen) so nicht stattgefunden. Diese Kerne trugen wesentlich zur Entwicklung der Streikbewegung bei.
- Wir können manches aus dieser Bewegung lernen.

Drei Punkte sollen besonders erwähnt werden.

Erstens: Widerstand ist nötig, möglich und kann erfolgreich sein.

Zweitens: Um Widerstand organisieren zu können, bedarf es organisierter und kampfbereiter Kerne von Aktiven. Diese müssen sich politisch bewusst für die Interessen ihrer Klasse einsetzen.

Drittens: Ohne die Perspektive einer solidarischen Welt, einer direkten Demokratie und einer antikapitalistischen, bedürfnisorientierten Wirtschaft wird das dauerhaft nicht gelingen. ■



„Das Übel an der Wurzel packen - Großkonzerne knacken“. Transparent bei einer Demonstration 1969.

Vor 50 Jahren Die Gründung der RKJ in Mannheim

W. A.

Großer Andrang in den engen Räumen des „Wild West“ in der Neckarstadt. Vierzig Menschen wollten am 31. Januar 2020 erfahren, was Billy Hutter über „Mannheim 1968 und die Gründung der Revolutionär-Kommunistischen Jugend [RKJ]“ zu erzählen hatte. Und das war nicht wenig.

Durch die Jugendrevolte von 1968 radikalisierten sich Hunderttausende. Die nicht unbedeutende Rolle der revolutionär-sozialistischen Jeunesse communiste révolutionnaire (JCR) im Mai 68 strahlte auch nach Deutschland aus.

Eine aktivistische Strömung junger Menschen suchte damals intensiv nach grundlegenden Antworten auf die großen sozialen und politischen Fragen jener Zeit. Die IV. Internationale konnte in diesen Kreisen mit ihren rätendemokratischen Positionen jenseits von Kapitalismus und Stalinismus eine gewisse Anziehungskraft entfalten.

In seinem mit vielen Bildern illustrierten Vortrag zeichnete Billy Hutter Entwicklungsstränge dieser Jahre nach. Zahlreiche Fakten, Anekdoten und Annahmen konnten von ihm zu einem unterhaltsamen Bogen zusammengeflochten werden. Dieser reichte von der Nachkriegsgeschichte der deutschen Sektion der IV. Internationale bis zum Entstehen der RKJ vor 50 Jahren.

Sie war am 31. Januar 1970 in Mannheim gegründet worden. Damit begann formell der keineswegs konfliktfreie Verjüngungs-

prozess des deutschen Zweigs der „Vierten“. In der Region gab es damals nicht nur in Mannheim, sondern auch in Heidelberg, Ludwigshafen, Neustadt und Speyer RKJ-Gruppen.

Ein zunächst zögerlich begonnener Austausch über Billy Hutters Ausführungen rundete den Abend ab. Zahlreiche Wortmeldungen vor allem aus den Reihen der leicht ergrauten Schar ehemaliger RKJ- und GIM-Mitglieder erweiterten die Dimension der Veranstaltung. Ein Hauch von Wehmut über die eigene, verlorengangene radikale Jugend war im „Wild West“ zu spüren.

Es gab sehr berechtigte kritische Anmerkungen etwa zur anfänglichen Ignoranz der Frauenunterdrückung oder zum Stil damaliger interner Debatten. Dem standen erfreulich viele positive, teils vehement eingebrachte Erinnerungen gegenüber. Etwa an die freien innerorganisatorischen Diskussionen oder das glaubwürdige Streben nach Aktionseinheiten mit anderen Gruppierungen. ■

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 06.02.2020, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 07.02.2020, 19:00 Uhr, Musikabend mit Reinhard Frankl - „Sands ins Getriebe“, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 08.02.2020, 10:00 Uhr, Mahnwache zur Situation in griechischen Flüchtlingslagern, Paradeplatz MA
- MO, 10.02.2020, 17:00 Uhr, „BBC während Faschismus und Krieg“, Gewerkschaftshaus MA
- DI, 11.02.2020, 19:30 Uhr, Veranstaltung zum „Lieferkettengesetz“, Ökumen. Bildungszentrum St. Clara, B5, 19 MA
- DO, 13.02.2020, 19:30 Uhr, Film „Climate Crimes“, Ver.di-Haus LU
- DO, 20.02.2020, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 28.02.2020, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA

Vorschau

- SA, 07.03.2020, 13:30 Uhr, ISO-Seminar „Rauhe Zeiten: Anpassung oder Gegenwehr?“ MA
- SA, 07.03.2020, 19:00 Uhr, Ludwigshafen, Kulturzentrum „das-haus“. Bernd Köhler und ewo2 – Das Konzert zum Buch (Texte und Lieder 1967–1989)
- SA/SO, 9./10.05.2020, ISO-Konferenz Ökologie und Sozialismus, Naturfreundehaus Köln-Kalk

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

